

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

15 (19.1.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtentgeltung des Zahlungsjahres, bei geschäftlicher Beteiligung und bei Kontos ausser Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe i. D. o. Schluss der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,70 Mark, jährlich 14,00 Mark. Durch die Post 2,30 Mark o. Einzelerhalt 10 Pfennig o. (schon 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postschleife 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Postfach-Tilgung Durack, Hauptstr. 9, D.-Baden, Jagdhofstr. 12; Koblitz, Reichenstr. 4, Offenburg, Hauptstr. 8

Nummer 15

Karlsruhe, Dienstag, den 19. Januar 1932

52. Jahrgang

Verschiebung von Lausanne

Eine offizielle Havas-Erklärung - Vertagung bis nach den Wahlen - Verlängerung des Hoover-Moratoriums

Paris, 18. Jan. In einer höchlich offiziellen Charakter tragenden Erklärung der Agentur Havas unter Hinweis auf die gegenwärtig zwischen den am Vonnplan interessierten Mächten geführten diplomatischen Verhandlungen und insbesondere den heutigen Besuch des deutschen Botschafters bei Laval:

Wegen der Wahlen,

die im Laufe des Jahres in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfinden sollen, verbreitet sich in den internationalen Kreisen immer mehr die Ansicht, daß man gegenwärtig unmöglich

zu einer detaillierten endgültigen Lösung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems gelangen kann. Man scheint jetzt in Paris und London darüber einig zu sein, für Deutschland das am 1. Juli 1932 ablaufende

Hoover-Moratorium lediglich zu erneuern und unter gleichen Bedingungen für sechs Monate oder ein Jahr zu verlängern. Gleichzeitig würden die europäischen Schuldner der

Vereinigten Staaten, die Gläubigeransprüche an Deutschland haben, in einer

gemeinsamen Erklärung

für ihre Rechnung von der amerikanischen Regierung als Bedingung und während der Dauer des neuen Deutschland zu bewilligenden Moratoriums gleiche Behandlung fordern.

Wenn die Vereinbarung auf dieser Grundlage zwischen den Unterzeichnern des Vonnplanes auf diplomatischem Wege erzielt werden kann, wird die

Lausanner Konferenz vorläufig gegenstandslos

werden, da der Kern des Problems nicht vor Ablauf des Jahres von den interessierten Regierungen erörtert werden wird. Unter diesen Umständen könnte eine

Zusammenkunft von Finanzfachverständigen

für die Ausarbeitung eines zwecks stillschweigender Verlängerung des laufenden Hoover-Moratoriums notwendigen Abkommens genügen.

Butterzollerhöhung geplant

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion warnt

Berlin, 18. Jan. (Eig. Draht.) Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschloß am Montag nachmittag mit dem Schluß der bauerlichen Veredelungswirtschaft. Die Beratungen sind zum Abschluß gelangt. Die entsprechenden Entscheidungen werden alsbald veröffentlicht werden.

Wie wir dazu erfahren, hat das Reichskabinett die Erhöhung des Butterzolls beschlossen. Das Ausmaß der Erhöhung wird durch Notverordnung, deren Veröffentlichung am Mittwoch erfolgen dürfte, verfügt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beim Reichskanzler Dr. Brüning Vorstellungen gegen die beabsichtigte Erhöhung des Butterzolls erhoben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Reichskanzler insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß die Butterzollerhöhung keine wirksame Hilfe für die bauerliche Veredelungswirtschaft bringen könne. Der Rückgang des Butterpreises sei im wesentlichen durch die rasch sinkende Kaufkraft der städtischen Bevölkerung hervorgerufen worden.

Eine Preiserhöhung würde also nur eine vermehrte Abwanderung zum Margarinekonsum bedeuten.

Außerdem aber würde die Verteuerung eines so wichtigen Nahrungsmittels im stärksten Widerspruch zu der Preisungsaktion der Reichsregierung, insbesondere zu dem durch einen persönlichen Brief des Reichskanzlers vom 12. Dezember gegebenen Versprechen stehen, daß die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehe, darauf zu achten, daß der jetzige Stand der Löhne und Gehälter nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stand der Preise aufrecht erhalten bleiben könne. Auch bedrohe die Erhöhung des Butterzolls den deutschen Export. Eine große Reihe wichtiger Abnehmer der deutschen Industrieprodukte werde in der jetzigen Situation auf Gegenmaßnahmen nicht verzichten, die neue Arbeitslosigkeit infolge Einschränkung des deutschen Exports bewirken würde.

Aus allen diesen Gründen warnt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die Pläne zur Zollerhöhung weiter zu verfolgen.

Das blutige Bürgerkriegstreiben

Zwei Tote, sieben Verletzte

Berlin, 19. Jan. In der Rundenkonfession Felsenck in Reinickendorf-Dorf am Schönholzer Weg kam es heute früh gegen 0,45 Uhr zu einer schweren Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Bisher sind zwei Tote, ein Schwerver- und sechs Leichtverletzte zu verzeichnen.

Bei den Toten handelt es sich um den 60jährigen Professor und Antimaterie-Erfinder Schwarz aus Frohnau, der der NSDAP angehört, und um den 50 Jahre alten Arbeiter Fritz Klemke aus der Kolonie Felsenck, der der KPD angehört. Der Antimaterie-Erfinder wurde durch einen Messerstich in die Herzgegend getötet. Der Arbeiter Klemke wurde durch Brust- und Kopfschuß getötet.

Die politische Polizei und die Mordkommission weisen zur Klärung des Tatbestandes an Ort und Stelle. Bisher wurden etwa 50 Verhaftungen vorgenommen. Die Verletzten wurden nach ihrer Vernehmung dem Krankenhaus Reinickendorf zugeführt.

Das Abzeichen tragen wieder gestattet

Mit dem Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

Dem Inkrafttreten dieser Verordnung ab gilt das im achten Teil Kapitel 2 der 4. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 ausgesprochene Verbot des Tragens von Abzeichen nicht mehr für Nadeln, Rosetten und ähnliche kleinere Abzeichen in der Form und Größe, wie sie bisher bei politischen Vereinen üblicherweise getragen wurden.

An gewissen Stellen scheint man in mancherlei Hinsicht unbeherrschbar zu sein.

Falschmeldungen über Gehaltskürzungen

Die Meldungen, daß infolge unangünstiger Kassenlage des Reichs Gehaltskürzungen bei den Beamten zu kürzen, oder nicht voll auszuführen, werden amtlich als „aus der Luft gegriffen“ bezeichnet. Es schweben in der Reichsregierung keinerlei Erwägungen in dieser Richtung.

Republikanische Aktion

Berlin, 19. Jan. (Funkdienst.) Am Montagabend veranstaltete die „Republikanische Aktion“ im Berliner Sportpalast eine außerordentlich stark besuchte Kundgebung, die Zeugnis dafür ablegen sollte, daß auch im Bürgerertum die freirepublikanischen Kräfte erwachen und sich in die Eisernen Front der Republik einreihen.

Der bekannte Dichter Frey von Unruh leitete die Kundgebung mit folgenden Worten ein: „Wir wollen reden in heiliger Nächsterliebe. Freilich nicht zu jenen, die gelächelt auf den Hund geraten sind und sich in ohnmächtigen Verzweifeln nach rechts oder links in die Büsche drücken, auch nicht zu denen, aus deren Gedärmen die Säulen der Steife aufrichten. Zwiesprache werden wir halten mit denen, die entschlossen sind, den Hammer des Geistes zu erheben über die freche Stirn des Ungeistes.“

Anschließend nahm der Tiroler Vater Innertoller das Wort, der noch einmal die Verden seiner vom Faschismus unterdrückten Heimat schilderte. Er fand wiederum begeisterten Beifall. Der Reichspräsident von Kapp, Dr. Friedensburg, führte aus: „Ich rufe das frei gekannte Bürgertum auf zum Kampf für Aufbau und Gerechtigkeit, für Demokratie und Freiheit, für Recht und Freiheit. Es soll nicht mehr für Faschismus und Unrecht sein, sondern mit der Arbeiterschaft gegen Diktatorismus und Fanatismus für Recht und Freiheit eintreten.“

Als letzter Redner trat Landtagsabgeordneter Major a. D. Sauff. „Anker ist das Reich, das Dritte ist ein Spuk. Es geht ein Schenken durch die Massen von der unvollkommenen Republik zur vollkommenen Republik. Die Eisernen Front soll die Front aller Republikaner sein.“ — Alle Redner wurden immer wieder durch stürmischen Beifall unterbrochen.

Kommunistischer Ueberfall

Berlin, 19. Jan. (Funkdienst.) Der Deserent des Bolschewismus Berlin-Welkenes, der sozialdemokratische Stadtrat Reimann, wurde am Montag von vier kommunistischen Wunden umringt und mißhandelt. Einer der Täter schlug Reimann ins Gesicht, so daß er stark blutende Verletzungen erlitt. Es ist das zweite Mal in kurzer Zeit, daß Reimann von kommunistischen Wunden mißhandelt worden ist. Der erste Ueberfall hatte am Montag sein gerichtliches Nachspiel. Reimann verließ vor der Urteilsverkündung wegen dringender Dienstaufträge den Gerichtssaal. Die Täter des neuen Ueberfalls waren Burtschen aus dem Zuhörerraum.

Und darauf will Brüning antworten?

Neue Schwächen der Reichsregierung

Die Reichsregierung gibt folgendes bekannt:

Die von Herrn Adolf Hitler veröffentlichte Denkschrift ist dem Herrn Reichskanzler übermittelt worden. Die Reichsregierung wird nicht verfehlen, die darauf zu erzielende Antwort ebenfalls der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Zum Abschluß der Besprechungen, die die Reichsregierung mit Hitler und Hugenberg über die Präsidentenfrage geführt hat, erleben wir nur eine öffentliche Polemik zwischen Hitler und der Reichsregierung. Die Reichsregierung hätte dem Volk dieses Schauspiel ersparen sollen. Sie hat auf das Schreiben des Herrn Hugenberg nicht geantwortet, und das war gut so. Herr Hugenberg hat seinen Zorn gegen die Reichsregierung und seine Zielsetzung klar heraus gesagt. Ein jeder wußte, was er davon zu halten hatte. Die Reichsregierung hat klugerweise auf eine Gegenerklärung verzichtet.

Die Denkschrift des Herrn Hitler hat eine amtliche Entgegnung durch die Reichsregierung noch viel weniger verdient. Die langatmigen Darlegungen des Herrn Hitler sagen im Grunde genommen nicht viel anderes als der Brief Hugengbergs. Diese Denkschrift ist nicht die Antwort Hitlers, es ist vielmehr die Antwort seiner Unterführer, die ihm schon seit langer Zeit die Führung seiner Partei aus den Händen winden, und die gemeinsam mit Hugenberg Hitler ihre Haltung aufgezwungen haben. Das Organ der Stennes, Otto Straßer und Erhardt hat den Sieg der Unterführer über Hitler in den folgenden Sätzen geschildert:

„Aber im Kaiserhof tobte ein heftiger Kampf, und in diesem Kampf ging die hitlerische Führerschaft zu Grunde. Was sich bei den heftigen Vorgängen schon zeigte, der Mangel an Autorität, führte hier zu verhängnisvollem Verfall in geschäftlicher Stunde. Hitler deutete sich dem Willen der politisch kurzschäftigen, aber robusten Straßer, Fried und Stöhr. Gegen seine eigene Ueberzeugung ließ er sich dieses Hugenberg'sche Nein aufzwingen. Nach dieser Niederlage aber scheiterte jede Leitung in der Partei verloren gegangen zu sein.“

Eine Antwort der Reichsregierung auf diese von Straßer, Fried u. Co. diktirte Denkschrift hätte nur Sinn, wenn sie volle Klarheit über Gang und Einzelheiten der Besprechungen bringen würde, die mit Hitler allein geführt worden sind. Eine Antwort, die auf staatsrechtliche, politische und sonstige Thejen dieser Denkschrift eingehen würde, würde eine Diskussion mit dem blutigen politischen Dilettantismus darstellen. Denn diese Denkschrift ist ein außerordentlich gequältes Produkt. Sie zeigt den inneren Widerspruch zwischen den Legalitätsschwüren Hitlers und dem verfassungsfeindlichen Willen seiner Unterführer und seiner Partei. Im Staatsrechtlichen vertritt sie die Anschauung, daß eine Verlängerung der Amtsdauer des gegenwärtig amtierenden Reichspräsidenten durch das Parlament verfassungsrechtlich nicht möglich sei. Aber diese staatsrechtliche These wird im gleichen Atemzug wieder entwertet durch den Uebertritt auf das Gebiet der rein politischen Opportunismus: „Und wenn die Amtsdauer durch das Parlament verlängert werden sollte, dann nicht durch diesen Reichstag.“ Damit ist die staatsrechtliche Reserve kaum aufgehoben, durch die Denkschrift selbst schon wieder beiseite geschoben.

Im Politischen predigt sie den Kampf gegen den Marxismus, wobei Marxismus alles ist, was seit 1918 in Deutschland gewesen ist, einschließlich des Herrn Reichskanzlers Brüning. Das System ist an allem schuld. Es hat, so kann man wörtlich lesen, „ein gesundes und lebensfähiges Unternehmen in dreizehn Jahren völlig zugrunde gerichtet“. Das gesunde und lebensfähige Unternehmen, das ist Deutschland nach dem Kriege. Wir sehen schon, wie die nationalsozialistische Sekspresse des Auslandes sich darauf kürzen wird. „Es war alles Schwindel, was Deutschland über seine Verarmung durch Krieg, Inflation und Reparationen gesagt hat. Es ist nur ein ausgezogener betrügerischer Bankrott, eine organisierte Krise, mit deren Hilfe sich Deutschland von der Bezahlung seiner vertraglichen Verpflichtungen drücken will.“ Der innerpolitische Haß, die verlogene und verbildete Demagogie nationalsozialistischer Agitation hat mit dem hinverbrannten Blödsinn der Behauptung, daß das System schuld an Deutschlands Unglück sei, den Feinden Deutschlands ein Stichwort gegeben.

Aber dieser Blödsinn ist die Grundlage für die politischen Forderungen: Brüning muß fort! Denn das ist es, was Hugenberg, Straßer, Fried und Stöhr Hitler als Parole diktieren haben, den Verfall der Wiederwahl Hindenburgs gegen den Sturz Brüning's einzuhandeln.

Der Schluß dieser Denkschrift geht ins Moralische. Hitler findet es unmoralisch, daß er, der als Staatsfeind veremt worden sei, zu einem Plan aufgerufen worden sei, der mit der Verfassung nicht vereinbar sei. Während der Verhandlungen selbst ist die moralische Entrüstung bei ihm nicht zum Durchbruch gekommen. Er hat nicht den Stuhl zurückgestoßen und erklärt, daß er solche Verhandlungen nicht zu führen gedenke. Die Moral ist ihm vielmehr erst nachträglich beigebracht worden!

Das ist nun das große nationalsozialistische Dokument, sozusagen das politische Testament des Herrn Hitler. Man kann es eine Staatschrift des Dritten Reiches nennen, in dieser Hinsicht tritt es neben andere Staatschriften des Dritten Reiches, wie wir sie beispielsweise bei den Bogheimer Doku-

Achtung! Parteigenossen Mittelbadens! Sonntag, 31. Januar, finden im Verbreitungsbezirk des Volksfreund

10 Amtsbezirks-Mitgliederversammlungen

statt, die zu aktuellen politischen und Parteifragen Stellung nehmen sollen. Die Genossen werden gebeten, an diesen Versammlungen sich zahlreich zu beteiligen

Möglichkeiten und Notwendigkeiten

Zur Reform der Sozialpolitik

Noch immer weiß außer den Eingeweihten des Reichsarbeitsministeriums niemand, wohin bei der Reform der Sozialversicherung die Reise gehen soll. Die Öffentlichkeit, und vor allem die Arbeiterschaft erwartet daher mit Spannung den Reformentwurf der Regierung. Unter diesen Umständen verdient ein soeben von der „Sozialen Praxis“ veröffentlichter Aufsatz aus der Feder des Reichsministers a. D. Robert Schmidt in Berlin, betitelt „Schwankende Grundzüge der Sozialversicherung“ besondere Beachtung; denn in ihm wird zum ersten Mal konkret und zusammenfassend dargestellt, worauf es bei der Reform der Sozialversicherung ankommt.

Einleitend fixiert Schmidt knapp und klar die Fortschritte, die in den letzten Jahren dank der Arbeit der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Sozialversicherung gemacht worden sind — Fortschritte, die leider allzu oft dort unbeachtet geblieben seien, wo sie vor allem hätten gemerkt werden müssen. Während 1913 die Gesamtausgaben der Sozialversicherung 1.100,5 Millionen Mark betragen hätten, sei im Jahre 1930 die Summe auf 6.151,9 Millionen gestiegen, und in dieser Ausgabe seien 1.066,9 Millionen Reichsmark entfallen.

Die Erfüllung der finanziellen Grundlage der Sozialversicherung durch den Rückgang der Beiträge infolge Arbeitslosigkeit und Lohnminderung wird von Schmidt beleuchtet. In der Invalidenversicherung steigt auch nach seiner Auffassung die Schwierigkeit der Sanierung vor allem darin, daß die Vermögensbestände der V. V. nicht flüssig gemacht werden können. Trotzdem gebe es keinen anderen Ausweg, als in irgend einer Form die Vermögensbestände anzureichern.

Für die organisatorische Reform macht Schmidt im wesentlichen folgende Vorschläge: Notwendig ist, da keiner der Versicherungsweige auf feste Grundzahlen gestellt ist, ein Aufräumen des zur Zeit bestehenden Durcheinanders. Eine zusammenfassende Organisation der drei großen Versicherungsweige Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung wäre das Ideal, selbst wenn dabei Verluste und Gegenleistung nach der heutigen Aufteilung auseinandergelassen würde. Aber man wird sich vorläufig mit einer Vereinigung der einzelnen Versicherungsweige begnügen müssen. Ganz unvermeidlich wäre eine Aufrechterhaltung der Zerstückelung in der Krankenversicherung durch Orts-, Berufs-, Betriebs-, Innungs- und Erbschaften. Ein einheitlicher Aufbau erfordere den Arbeitnehmern und Unternehmern sehr viel Verleger in An- und Abmeldung der Versicherten bei Stellungswechsel, beseitigt den Schaden, den der Versicherte bei Berufswechsel erleidet, und bietet einen Ausweg in dem Aufbringen der Beiträge für die Berufsweige, die schwere Gesundheitsbedingungen für den Berufsständigen zur Folge haben. Unabweisbar würde durch einen einheitlichen Aufbau der einzelnen Versicherungsweige auch an Verwaltungskosten gespart werden.

Bei der Invalidenversicherung könnte die Angelegenheitsverwaltung als Mutter dienen, wie von einer Zentralstelle aus die Verwaltung geleitet werden kann. Die 30 Versicherungsanstalten könnten mit Leichtigkeit auf 15 aufammengelesen werden, vielleicht auch auf zwölf nach den Bezirken der Landesarbeitsämter. Wichtigsten die Dinge in der Unfallversicherung. Die 11 Berufsgenossenschaften in der Metallindustrie, 7 im Textilverweben, 15 im Bauwesen, 4 im Holzgewerbe, 7 im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und 3 in der Binnenverkehrsfahrt könnten eine Zusammenlegung auf die 6 genannten Berufsgruppen ertragen. Die Berufsgenossenschaften, die in der Versicherung die höchsten Verwaltungskosten haben, würden hier erhebliche Erfparnisse erzielen.

Die Differenzierung in den grundsätzlichen Ansprüchen bei den Leistungen für die einzelnen Versicherungsweige ist in den letzten Jahren immer mehr erweitert worden und hat damit für die Versicherten, die im Nachteile blieben, ein Gefühl der Zurücksetzung hervorgerufen. Es läßt sich nichts dagegen sagen, daß die Renten in der V. V. über die der V. B. hinausgehen; denn diese höhere Leistung beruht auf entsprechend höheren Beiträgen. Bedenklich ist nur der grundsätzliche Unterschied in der Rentengewährung. So muß der Arbeiter einen nicht unerheblich größeren Verfall seiner Arbeitsfähigkeit nachweisen als der Angestellte, um in den Genuss der Invalidenrente zu kommen. Ferner erhält der Angestellte, wenn er das 60. Lebensjahr erreicht hat und ein Jahr arbeitslos ist, die Invalidenrente; dem Arbeiter wird sie erst mit dem 65. Lebensjahre zuerkannt. Der Einwand, die V. B. könne es finanziell leisten, ist sehr mit Vorsicht aufzunehmen; denn wir sollten vermeiden, daß die V. B. wenn auch etwas später, in die Gefahrenzone der V. V. rückt.

Eine wirklich großzügige Reform müßte auch zu einheitlichen Grundzügen in den Leistungen gelangen. Wenigstens die Tendenz dazu müßte innegehalten werden. Einheitliche Grundzügen in den Leistungen sind heute nur schwer zu erreichen; denn es müßte nicht von oben weggenommen, sondern unten zugelegt werden. Das wäre aber nur bei einer Beitragserhöhung möglich, die allerdings wohl für ein späteres Stadium in Aussicht zu nehmen wäre. Die Beitragsentlastung muß das finanzielle Rückgrat der Sozialversicherung bleiben.

Wenn schon ein sozialpolitisches Organ wie die „Soziale Praxis“ sich zum Sprachrohr für solche Reformvorschläge macht, dann möchte man keine Vermutung, daß das Arbeitsministerium im wesentlichen in der Richtung dieser Vorschläge arbeitet. Aber das sollte sich eigentlich von selbst verstehen.

einem Postkonto im Bestimmungslande der Sendungen überwiesen werden soll, dürfen nur bis zum Gegenwert von insgesamt höchstens 200 RM. monatlich von einem Abnehmer verfaßt werden, sofern nicht ein besonderer Genehmigungsbefehl des Landesfinanzamts vorgelegt wird. Nachdem seit dem 1. Dezember v. Js. auch für Nachnahmeseudungen die sogenannten Exportkulturerklärung abzugeben ist, scheint es sachlich nicht mehr gerechtfertigt, ein Teilgebiet des deutschen Ausfuhrgebietes einer besonderen Kontrolle zu unterwerfen. Nach Mitteilung der Handelskammer Karlsruhe hat daher der Herr Reichswirtschaftsminister erklärt, daß für solche Nachnahmeseudungen nach dem Ausland, bei denen der eingeschlossene Betrag einem Postkonto im Bestimmungslande der Sendungen überwiesen werden soll, die Vorlegung des Reisepasses (bei Beträgen bis zu 200 RM.) und des Genehmigungsbefehls eines Landesfinanzamts künftig nicht mehr erforderlich ist.

Brüning lehnt Klage gegen Führer ab

Er wehrt sich nicht gegen giftige Mägen

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

In einem Artikel der Nr. 15 des Bad. Beobachter vom 15. d. M. wird zum Beweis der langen Dauer strafgerichtlicher Beleidigungsverfahren ausgeführt, für die Beleidigung, die dem Herrn Reichskanzler Dr. Brüning anlässlich seiner Rückreise aus England durch den Führer angefügt worden sei, sei bis jetzt die gerichtliche Sühne nicht eingetreten. Hierzu ist festzustellen, daß Herr Reichskanzler Dr. Brüning i. Zt. auf Anfrage es abgesehen hat, gegen die Ausführungen des Führer Strafantrag zu stellen. Damit entfiel die Möglichkeit, eine gerichtliche Sühne für die Beleidigung herbeizuführen.

Der Nazi-Führer lügt

Ist Herriot Marxist? Englisches Hitlerorgan sagt: Deutschland muß zahlen! Arbeiterführer Lansbury fordert Schuldentilgung

Die vom nationalen Standpunkt aus zweifellos Deutschland schädigende Ablehnung einer schnellen Reichspräsidentenwahl hat in den Kreisen vieler Anhänger der Nationalsozialisten schwer eingeschlagen und dort starke Verärgerung über den Beschluß Hitlers und Hugenbergs hervorgerufen. Es herrscht daher im Kreise der nationalsozialistischen Führerschaft eine starke Verwirrung, die durch die Brüningische Aktivität in der Reparationsfrage stark erhöht wird. Die Nationalsozialisten suchen daher Abwendung durch allerhand Manöver, wobei ihnen kein Mittel zu schlecht ist. Einen Höhepunkt erreicht dabei das Karlsruhe nationalsozialistische Organ „Der Führer“ in seiner Sonntagsnummer durch einen Schwinkel, der an Plumpheit seinesgleichen sucht. In großer Ueberheerung wird da über die ganze erste Seite dieses „Kulturorgans“ jahremarktartig ausgerufen:

Marxist Herriot heht gegen Deutschland.

Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht auf die neue Einstellung des französischen Politikers Herriot eingehen, der bedauerlicherweise vom einstigen Friedensfreund sich allmählich in einer Richtung entwickelt hat, die ihn nicht allzujahr von den französischen Nationalisten untercheidet. Wir haben bereits schon mehrfach gegen diese bedenkliche Einstellung Herriots und auch Rainievs Stellung genommen, so daß unsere Leser darüber Bescheid wissen, wie sie Herriot in seiner gegenwärtigen Periode — die allerdings stark mit dem Vorabend der französischen Wahlen zusammenfällt — einschätzen haben. Vielleicht mag Herr Herriot zu seinen Gunsten anfügen, daß diese Entwicklung seiner politischen Richtung nicht von allein gekommen ist, sondern daß es die deutschen Nationalsozialisten sind, die ihn, dem einstigen Verständigungspolitiker in das Jahrwasser des französischen Nationalismus gebracht haben, gleich seinem Parteifreund Rainievs. Dies hindert uns allerdings nicht, diese bedauerliche Entwicklung Herriots scharf zu verurteilen, da wir jeglichen Nationalismus in jeglichem Lande brandmarken.

Was an dieser Affäre Herriot jedoch besonders bemerkenswert ist, das ist die plumpe Lüge des Führers, Herr Herriot zu einem Marxist zu kempeln. Wären die „Politiker“ des nationalsozialistischen Hauptorgans nicht politische ABC-Schützen und würden sie ihre Leser nicht in eine ähnliche Rangstufe einordnen, so würde es dem Führer nicht einfallen, einen solch plumpen Schwinkel zu verbreiten, denn Herr Herriot ist ja wenig Marxist und Sozialdemokrat, wie etwa Prinz Luwig von Hohenzollern dies ist. Herr Herriot ist, wie jedermann, der die Politik verfolgt, als selbstverständliche Tatsache bekannt ist, Mitglied der radikalsozialistischen Partei Frankreichs, einer Partei, die mit Sozialismus und der französischen sozialdemokratischen Partei gar nichts zu tun hat und die, auf deutsche Verhältnisse übertragen, der bürgerlich-demokratischen Partei, also etwa der Staatspartei rechter Flügel, bis zur liberalen Deutschen Volkspartei hin, entspricht. So wenig man also in Deutschland etwa einen Führer der Staatspartei oder der Deutschen Volkspartei als Sozialisten bezeichnen kann, so wenig kann man Herrn Herriot von den französischen Radikal-Sozialisten als Sozialisten im üblichen deutschen Sprachgebrauch, den allerdings die Nationalsozialisten stark in der Richtung französischer nationalsozialistischer Parteiströmungen entwertet haben, bezeichnen; und Herr Herriot insbesondere wird es als ein Vertreter ausgesprochenster liberaler idealistischer Geisteshaltung scharf ablehnen (er hat ja bekanntlich in dieser Hinsicht bereits einige Bücher veröffentlicht), als Marxist bezeichnet zu werden.

Zeichnet sich so bei diesem Falle Herriot wieder einmal klar heraus, wie der nationalsozialistische Führer mit plumpsten Lügen seine Leser täuscht und belügt, um sie in eine Hitze gegen die Sozialdemokratie zu bringen, so gibt gerade die derzeitige Reparationsfrage Gelegenheit, die verschiedenen Standorte klar herauszuarbeiten. Zweifellos ist in Frankreich keine allzujahre Begeisterung für die Streichung der Reparationsfrage. Denn ein Politiker eines jeden Landes sucht die Interessen seines Volkes zu wahren, ob es sich jetzt nun um diese oder jene Partei handelt, ob es sich nun um

deutsche, französische oder englische Sozialdemokraten handelt. Während jedoch nun die Vertreter der nationalsozialistischen Parteien alle außenpolitischen Fragen vom Standpunkte einer engen Nationalismus aus betrachten, versuchen die Sozialdemokraten in allen Ländern einen friedlichen Mittelweg zwischen den Interessen ihres Vaterlandes und den Bedürfnissen der übrigen Welt herauszufinden. Dies gilt insbesondere heute auch für die französische Sozialdemokratie, indem sie zwar, wie alle französischen Parteien, den Standpunkt der deutschen Nationalisten ablehnt, jedoch gemäß den bereits vor einigen Jahren gefaßten Beschlüssen der Internationalen zufolge, für eine allseitige Streichung der Kriegsschulden eintritt, wobei die Hauptverantwortung bei Amerika bleibt — ein Standpunkt, der in jüngster Zeit von verständigen Führern der französischen Sozialdemokraten erneut unterstrichen wurde.

Wie sehr es immer wieder die Sozialdemokratie und die Arbeiterparteien in aller Welt sind, welche den Weg der Vernunft predigen, zeigte dieser Tage wieder Lansbury, der Führer der englischen Arbeiterpartei im Unterhaus, indem er sich in scharfen Worten gegen die Beibehaltung der Reparationen wandte und dabei erklärte:

„Der Regierung muß gesagt werden, so bemerke er, daß diese Reparationsangelegenheit ein Ende haben soll. Wir müssen Amerika sagen, daß wir weder Schulden annehmen noch zahlen wollen. Die Welt weiß, daß die Zeit der Reparationen vorüber ist. Man kann nicht versuchen, die deutsche Nation zu ruinieren, ohne gleichzeitig uns selbst zu ruinieren.“

So stützen die ausländischen Sozialisten im Interesse einer Wiederkehr der Welt zu geordneten Verhältnissen die Interessen des deutschen Volkes, während — wie wir nachstehend nachweisen — die Freunde des Herrn Hitler im Auslande, die Nationalisten überall, den Standpunkt Deutschlands erschweren. Am 25. September 1930, im Anschluß an Hitlers Legalitätsbetonung vor dem Reichsgericht, erschien im Wölflischen Beobachter und in der Daily Mail des englischen Kriegsherrn Rothermere, übrigens ein Judenstamm, ein und derselbe Artikel; er enthielt ein Interview, das Hitler Rothermere gewährt hatte. Hitler selbst hatte das Manuskript korrigiert, in dem es hieß, Englands Pflicht sei es, sich sofort mit Hitler zu verständigen. So zeigte sich die Allianz zwischen Herrn Hitler und dem englischen reaktionären Blatt Daily Mail. Welche Stellung nimmt nun dieses Herrn Hitler befreundete englische Blatt zur deutschen Reparationsfrage ein? Hierzu liegt folgende englische Meldung vor:

„Die Daily Mail, die bisher aus ihrer Sympathie für die Hitlerianer nie ein Hehl gemacht hat, hat jetzt eine Kampagne eröffnet, die darin liegt, daß Deutschland die Reparationen nicht zahlen solle, sondern im englischen Interesse auch zahlen müsse, sondern die deutsche Wirtschaft durch die Reparationsentlastung vor der englischen einen gefährlichen Konkurrenzvorteil gewinnen würde. Das Blatt vertritt sich gar zu der für die englische Industrie nicht sehr schmeichelhaften Behauptung, daß der Erlaß der Reparationen die britische Industrie ein für allemal auswichen würde.“

Während also die Sozialdemokraten in aller Welt für die Streichung der Kriegsschulden eintreten, erklärt das Herrn Hitler nahestehende englische Organ, die Daily Mail, Deutschland müsse weiterhin Reparationen zahlen. Die „Marxisten“ fordern in aller Welt ein internationales Zusammenwirken, das die Befreiung Deutschlands und der Welt, von den Kriegslasten sich zum Ziele setzt. Hitlers politische Freunde und nationalsozialistische Gefinnungsgenossen treten dagegen in aller Welt für die Ermüpfung Deutschlands ein. Schämt sich der nationalsozialistische Führer in Karlsruhe angesichts der Tatsache nicht seines plumpen Schwindels, den er seinen Lesern vorsetzt und erkennt das deutsche Volk nicht endlich, daß es auf dem Wege des Nationalismus nie und nimmer zu einer Besserung seiner Lage kommt, sondern daß der einzige Weg Deutschlands und der Welt aus dieser schweren Wirtschaftskrise über den Weg der Völkerverständigung geht, der durch die neue nationalsozialistische Welle so jäh zerrissen wurde.

Freistaat Baden

Nachnahmeseudungen ins Ausland

Die Handelskammer Karlsruhe schreibt uns: Nachnahmen aus Deutschland nach dem Auslande, bei denen der eingeschlossene Betrag

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Unter-Vorkriegspreise!



Groß-Karlsruhe



Karlsruher Bürgerausschuß

Annahme der neuen Geschäftsordnung — Die Sozialdemokratie in vorderster Front für Beschaffung von Arbeit

Karlsruhe, 18. Januar 1932.

Der neue Bürgerausschuß kann auch sachlich beraten, das bewies die heutige Versammlung. Zwar wurde es dann und wann etwas lebhaft, aber es war zu ertragen. Die Vorlage über eine neue Geschäftsordnung fand von Seiten der Nationalsozialisten und der Kommunisten sehr kritische Behandlung und auch Ablehnung. Die neue Fassung der Geschäftsordnung will nichts anderes, als dem Vorsitzenden die Waffe in die Hand geben, um gegen Ordnungswidrigkeiten der Mitglieder des Hauses, wie sie in der „berühmten“ Soaßschlacht ihren Höhepunkt fanden, energisch einschreiten zu können. Und da nun einmal die Nationalsozialisten und Kommunisten bekannthermaßen die Ordnung und Würde der Parlamente bisher so oft mit Füßen traten, so bekannnten sich auch beide — trotzdem sie sich anfänglich der Soaßschlacht die Köpfe blutig schlugen — gegen die neue Geschäftsordnung. Sie waren sich also auch in diesem Punkte wieder einmal einig. Zwar brachten die Nationalsozialisten ihre Gegnerschaft in etwas schwacher Form und in zurückhaltenden Anträgen zum Ausdruck, während die KPD schon laudiertere Töne anschlug. Vektorek Vertreter nannte die neue Geschäftsordnung einen „Maulkorb für die Opposition“, obwohl doch gerade sie — wie der Fraktionsredner der Sozialdemokratischen Partei, Gen. Eisele, richtig einwandte — als Verleugner der Diktatur im Falle der Machtergreifung durch die KPD, den Generalmaulkorb für alle Nichtkommunisten einführen wollen. Recht belustigend wirkte ein Antrag der KPD, daß die Bürgerausschüsse in Zukunft im großen Festballsaal stattfinden sollen, damit die breite Masse die Stadtverordneten kontrollieren könne. Unter Redner macht dazu geltend, daß die Kommunisten ihren Antrag sicherlich selbst nicht ernst nehmen. Im übrigen ironisierte er die „Bescheidenheit“ der KPD, daß sie nur die Festhalle als Tagungslokal verlange und nicht gleich den Meßplatz, wo doch die KPD Gelegenheit hätte, ihre mindere Qualität von Politik ebenso martischreierisch anzupreteln wie der wahre Jakob seine schlechten Waren. Unter Redner lagte die Zustimmung zur Vorlage zu, erlachte aber auch den Herrn Oberbürgermeister, im Interesse des Ansehens und der Würde des Bürgerausschusses nach der Geschäftsordnung zu verfahren, da seine Verhandlungsleitung anfänglich der Soaßschlacht allseitig Kritik erfahren hat. In recht matter Weise gaben die Diktatorien ihren abnehmenden Standpunkt bekannt. Ihr Sprecher machte sogar dem heutigen Staat ein unfreiwilliges Kompliment, indem er in naiver Art meinte, daß die Vorlage ganz in der Tendenz des heutigen Staates liege. Und da nun einmal die Vorlage ein rätselhaftes, der parlamentarischen Würde swunderhandelndes Benehmen der Stadtväter bekämpfen will, so liegt es nach Ansicht des Sozialdemokraten Dr. Knauß in der Tendenz des heutigen Staates, Ordnung und Anstand zu wahren. Gut so, wir sind derselben Auffassung! Die neue Geschäftsordnung erfährt sodann mit überwältigender Mehrheit Annahme.

Recht rasch fand eine Reihe von sog. kleineren Vorlagen ihre Erledigung, während der Punkt Rotstandsarbeiten eine längere Aussprache auslöste. Die Nazis als „Arbeiterpartei“ hatten hierzu heralich wenig zu melden — eigentlich eine Selbstverständlichkeit für diese Partei der Reaktion. Die KPD verfügte wie immer über sehr viel Worte für die Erwerbslosen, aber ein praktischer Vorschlag zur Linderung der Erwerbslosennot in Karlsruhe war in ihren demagogischen Schwägereien nicht enthalten. Praktische Vorschläge überließ man der Sozialdemokratie und ihre Sprecher, die Genossen Flöber und Schulenburg — letzterer besonders durch einseitige Zwischenrufe seitens der Kommunisten oft unterbrochen — waren warme Interpreten der berechtigten Wünsche der Erwerbslosen. „Wir sind bereit, jedes Opfer zu bringen zur Linderung der Erwerbslosennot“, diese Worte richtete Gen. Schulenburg an die Versammlung und die Stadtverwaltung. Als er aber eine Umlageerhöhung in Vorschlag brachte, ei, da murmeln so viele Vertreter. Die ganze „Volksgemeinschaft“ kam schon ins Wanken. Ja, ja, wenn man eben Opfer bringen sollte!

Dafür hatten die Mittelstandsretter aller Schattierungen einen großen Tag und einen noch „größeren Sieg“. Beim städtischen Fuhrpark soll die städtische Pferdehaltung aufgelöst werden, aber nur so rasch, als es die gebotene Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen der Stadt erlaubt. Die Nazis glaubten noch räpflischer als der Papst sein zu müssen und verlangten — wahrcheinlich der Stimmen der interessierten Fuhrhalter wegen — daß sofort die Pferdehaltung beim Fuhrpark aufgelöst werden soll. Der Stadtrat nahm nochmals Stellung zu dem Antrag und siehe da, die „grundhaftesten“ Nazi-Stadtväter sagen den Antrag zurück. Und die Fuhrhalter? Wieder einmal die betrogenen! Die Abstimmung ergab die Rettung des Mittelstandes der Pferdehalter. Unsere Genossen Spachholz und Koch vertraten in begründenden Ausführungen die Notwendigkeit der Erhaltung des Pferdebestandes im Interesse von Stadt und Arbeiterklasse und um Entlassungen von Arbeitern vorzubeugen. Aber die bürgerlichen Vertreter einschließlich der Nazis — das Zentrum war gelapst — stimmten ohne Rücksicht auf das Schicksal der zu entlassenden Arbeiter für die Auflösung. Nazi-Stadtrat Riedner glaubt, daß die Arbeiter nicht entlassen werden. Der Glaube dieses naiven Vertreters einer „Arbeiter“partei ist natürlich keinen roten Heller wert.

Zu einer längeren Diskussion kam es auch bei dem Antrag, keine städtischen Anträge an Mitglieder städtischer Kollegien zu erteilen. Diese Forderung steht nun einmal auf dem sog. Kommunalprogramm der Nazis. Sie will also die Handwerksleute usw. zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradieren. In der einen Stadt stimmen die Nazis gegen einen solchen Antrag, sobald er von anderer Seite kommt, in anderen Gemeinden stellen die Nazis selbst derartige Anträge. So auch in Karlsruhe. Die stromm Nazis gewählten Geschäftsleute haben durch ihre Stimmabgabe für die Hitler zugleich eine staatsbürgerliche Selbstkürzierung an sich vorgenommen. Die Begründung des Antrages durch den nationalsozialistischen Redner war so mager, wie ein dreißigjähriger Dreifachgang. Eine inhaltsleere Begründung, wie diese konnte man im Bürgerausschuß noch nie vernehmen. Unter Gen. Stadn. Erb lehnte mit aller Entschiedenheit die Vorlage ab und bei der Abstimmung erfährt der Antrag dasselbe Schicksal. Selbst die Nazis waren sicherlich heilfroh, daß ihr eigener Antrag nicht angenommen wurde. Ja, die Nazi-Gemeindepolitik entpuppt sich immer mehr als Politik, das Gotterbarm.

Die Verhandlungen zogen sich bis halb 9 Uhr hin, denn neben den besonders erwähnten Vorlagen wurden noch eine Reihe ohne oder bei nur unwesentlicher Debatte erledigt.

Kurz nach 4 Uhr eröffnet Oberbürgermeister Dr. Finter die Sitzung. Anwesend sind 102 Mitglieder. Der Oberbürgermeister verliest die Anträge von Kommunisten und Nationalsozialisten, die zum größten Teil Agitationscharakter tragen. Es gibt zu Anfang eine erregte Auseinandersetzung zwischen dem Stadtverordneten Heinzelmann (KPD) und dem Oberbürgermeister, der einen Antrag der Kommunisten zur Abänderung der Tagesordnung als unzulässig ablehnt. Der Antrag der Kommunisten, die Bürgerausschüsse in Zukunft mit dem Charakter einer öffentlichen Volksversammlung in der Festhalle abzuhalten, wird als unzulässig abgelehnt. Auch eine Anzahl anderer Anträge, die mit der badischen Gemeindeordnung nicht im Einklang stehen, werden zur Beratung nicht zugelassen.

Obmann des Stadtverordnetenvorstandes, Stadn. Kullmann (Nat.Sos.), präsidiert die Sesslungnahme des Stadtverordnetenvorstandes. Er bezeichnet die bisherige Möglichkeit der Geschäftsordnung als unzureichend. Es werden in Zukunft verschärfte Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung angewandt werden. Der Stadtverordnetenvorstand hat die Abänderungsanträge der Nationalsozialisten zur Geschäftsordnung abgelehnt und mit 5 gegen 3 Stimmen die Vorlage dem Bürgerausschuß zur Annahme empfohlen.

Als erster Redner tritt der Stadn. Knauß (Nat.Sos.) an den Anträgen. Er bezieht sich auf die Vorläufigkeit der Ratshauswahl am 11. Mai, wobei er die damaligen Kommunisten als „Kriegsverbrecher“ bezeichnet. Er begründet die Anträge seiner Partei, wobei er bemängelt, daß der Oberbürgermeister bereits zur der augenblicklichen Sitzung Karten ausgegeben hat. Der Oberbürgermeister bekräftigt sodann seine Maßnahmen und findet die Zustimmung der Mehrheit des Hauses.

Der kommunistische Stadtverordnete Heinzelmann ist der Auffassung, daß sich die neue Geschäftsordnung nur gegen die kommunistische Partei gerichtet sei.

Stadtverordneter Eisele (Soz.)

Spricht für die sozialdemokratische Fraktion ebenfalls zur Geschäftsordnung. Die Vorlage im Bürgerausschuß ist gar nichts anderes, als eine Wohnnahme, wie sie der Reichstag und die Parlamente der Länder bereits früher getroffen haben, um sich gegen Störung der Ordnung im Parlament zu wehren. Wenn die Nationalsozialisten glauben, sie könnten der Geschäftsordnung zustimmen, da sie doch mindestens in einem halben Jahre die Macht ergreifen werden, so liegt es nach Ansicht der Sozialdemokraten, sich nicht auf des Gebiet der Propaganda zu bewegen, denn schon größere Führer der Nazis haben mit ihren Prophezeiungen fehlschlagen. Gegen die Kommunisten wendet er sich, wenn sie heute von Maulkorbpolitik reden und hohe demokratische Töne anschlagen, wo sie die Diktatur mit dem Generalmaulkorb gegen Andersdenkende bereits in der Tat haben. Die sozialdemokratische Partei ist für die neue Geschäftsordnung, da sie allein die Möglichkeit zu einer erschöpflichen Arbeit des Bürgerausschusses bietet. Zu beachten ist, daß Anträge, die Ausgaben verursachen, auch Deckungsvorschläge enthalten müssen. Dadurch werden die unsäglich Agitationsanträge der Oppositionsparteien von vornherein unterbunden und erparen dem Bürgerausschuß Zeit. Der Vorschlag der Kommunisten, die Festhalle zu den künftigen Bürgerausschüssen zu verwenden, ist nicht zu berücksichtigen, da die Festhalle nicht die schlechte politische Ware ihrer Partei in genau so lauten Tönen anpreisen wie der wahre Jakob seine schlechten Ramschartikel. Im übrigen glaubt der Redner, daß nicht alle Zwischenrufe unterbunden werden sollen. Anlässlich der letzten Ratshauswahl wurde sehr oft die laze Geschäftsordnung des Herrn Oberbürgermeisters kritisiert. Jetzt habe er in der neuen Geschäftsordnung Mittel in der Hand, Unruhen und Räuereien, sowie unsäglich Debatten zu verhindern. Der anfängliche Teil der Bevölkerung werde ihn dabei unterstützen.

Stadn. Wild (Str.) gibt an, daß die Bestimmungen mangelfaltig sind, aber für erprobliche Arbeit nicht hinderlich sind. Ueber die Anträge glaubt er am besten zur Tagesordnung überzugehen.

Arbeitslose des ADGB

Am Dienstag, 26. Januar, abends 7 Uhr, findet für die arbeitslosen Mitglieder unserer Organisationen eine **Abend-Unterhaltung**

im großen Saale der Festhalle statt, unter Mitwirkung von Künstlern des Badischen Landestheaters, Herrn Direktor Hans Blum und Herrn Rektor Stark, dem Arbeitergefangenenverein Typographia und dem Philharmonischen Orchester.

Während der Pause wird den Arbeitslosen ein kleiner Imbiß verabreicht. Eintrittskarten sind unentgeltlich bei den Organisationen erhältlich. Ab Samstag können, solange Vorrat, die Arbeitslosen auch für ihre Frauen Karten unentgeltlich erhalten.

Stadtrat Bauer (KPD.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie und tritt dafür ein, daß amtliche Bekanntmachungen auch in der Arbeiterzeitung veröffentlicht werden. Sodann protestiert er gegen die Kartenausgabe durch den Oberbürgermeister. Die Nationalsozialisten hätten in Stadtrat die ablehnende Haltung einnehmen wollen, wie sie sich jetzt den Anträgen geben wollen mit ihren Abänderungsanträgen.

Es beginnen die Abstimmungen über die Anträge zur Geschäftsordnung. Sämtliche Anträge der Nationalsozialisten und Kommunisten werden abgelehnt, darunter auch ein Antrag der Kommunisten, wonach die amtliche Veröffentlichung auch in der Arbeiterzeitung veröffentlicht werden sollten. Schließlich wird die neue Vorlage der neuen Geschäftsordnung mit 62 gegen 40 Stimmen angenommen.

Die weiteren Punkte befassen sich in der Hauptsache mit dem Erwerb von Grundstücken. Zugestimmt wurde der Vorlage, die zwei Grundstücksveräußerungen im Knieleiner Feld und eine solche im Rispurter Feld vorliehe. Ebenso der Verkauf von städtischen Grundstücken auf der Gemarung Hlein.

Bei der Vorlage um Rückkauf der Schwelofen tritt der Stadtverordnete Keller (Soz.) für eine Stundung der Beiträge für die Grundstücksbesitzer an der Rintheimer, Mannheimer, und Egenerstraße ein, bis eine Behebung dieser Grundstücke erfolgt ist. Diese Vorlage wird ebenfalls angenommen.

Oberbürgermeister Dr. Finter begründet dann die Vorlage der

Rotstandsarbeiten

wonach die Abw. zwischen Konstellation und der Gemarungsgrenzlinie Karlsruhe-Karlsruhe verlegt werden soll. (Ueber diese Vorlage wurde im Volksfreund bereits eingehend berichtet.)

Die Nationalsozialisten sind für die Vorlage. Der kommunistische Stadtverordnete Kappeler findet die Vorlage ungenügend. Der Oberbürgermeister bittet den kommunistischen Antrag hierzu dem Stadtrat zu überweisen, was der Bürgerausschuß auch beschließt. Für die Sozialdemokratie sprach

Genosse Stadtverordneter Flöber

wobei er ausführte, daß er es sehr bedaure, daß die im Juli letzten Jahres angeforderte Bürgerausschüsse nicht stattfand. Eine große Anzahl Fürsorge- und Erwerbslosenempfänger haben damals gehofft, Arbeit zu erhalten. In Karlsruhe werden augenblicklich rund 30 000 Menschen durch die Fürsorge erhalten, das ist ein Fünftel der karlsruher Bevölkerung. Man kann beschließen nicht verstehen, daß der Oberbürgermeister die für die Verbreiterung des Sitzplatzes notwendigen 80 000 Mark für die Zinsen bei notwendigen Kapitalien nicht aufgebracht hat. Man hat aber auch im Sommer veräußert, die Schulen berichtigt zu lassen. Die angeblichen Erparnisse hat man lieber dazu verwendet, für Fürsorgeunterstützung auszugeben. So part man aber am verletzten Ende. Mit Recht beschwerten sich aber auch die Rotstandsarbeiter über die Arbeiten auf Ravensmühl. Es war nicht notwendig, daß man die dreifachen Arbeiten beim Hochwasser ausführen lies. Wenn das aber der Fall war, so ist die Forderung der Rotstandsarbeiter nach gutem Schutzwert durchaus angebracht. Auch die Behandlung von gewissen Aufschlüssen hat sehr zu wünschen übrig gelassen. Der Redner ist der Auffassung, daß die Mittel vorhanden sind um den notleidenden Massen zu helfen, nur daß man sie nicht nur für die Fürsorge, sondern vor allem für die praktische Arbeitsbeschaffung verwenden.

Stadtverordneter Stäbel (Nat.Sos.) hält sich als besonderer Schlichter der Weimarer Verfassung. Da er und seine Partei für die Arbeitsbeschaffung eintreten, unterstützen sie auch die Arbeitsbeschaffung nicht voll und ganz.

Stadtverordneter Föhender (Zentrum) freut sich, daß der Oberbürgermeister endlich mal wieder ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm aufstellen will. Die Einwendung gegen die Arbeiterarbeit am Sitzplatz, wo man zunächst mal die Auswirkung der Fragestellung bei der Reichsbahn abwarten will, hält er für durchaus angebracht.

Stadtverordneter Schulenburg (Soz.)

betonte, daß vor allem die Erwerbslosen über die Beschaffung von Arbeit am meisten erfreut sein werden. Nur müßten dieselben Arbeiten auch Taten folgen. Auch er bedauerte die Zurückstellung der Arbeiten am Sitzplatz. Der Stadtrat muß vor allem dafür sorgen, daß Mittel für diese Arbeiten bereit gestellt werden können. Die Arbeitslosen, die draußen auf der Straße liegen, wollen keine Fürsorgeunterstützung, sondern in erster Linie wieder Arbeit erhalten. Dabei ist nicht zu vergessen, daß diese Proletarier bis zur Veräußerung ihrer letzten Habe sich nicht entschließen können, die Fürsorgeunterstützung anzunehmen. Besonders schlimm steht es aber um die jungen Menschen, die mit ihrer halbtägigen Auszubildung draußen auf der Straße keilich und fittich verkommen. In früheren Zeiten war aber gerade diese Zeit der Boden für die spätere Entwicklung. Heute gilt nur eines, das ist die Arbeitsbeschaffung. Der Redner erinnerte an den so notwendigen Brückenbau bei Maxau. Die Stadtverwaltung sollte da versuchen, alle Denkmäler zu beseitigen, damit auch dieses Projekt durchgeführt werden kann. Die Sozialdemokratie hat praktische Vorschläge für die Erstellung eines neuen Gebäudes für ein Arbeitsamt, sowie für die Schulhalle vorgebracht. Insbesondere müssen aber auch die Schulen renoviert werden, die durch die heutige Sparjamkeit sehr leiden. Mehr denn je ist heute diese Arbeit notwendig, den Arbeitslosen ist eine Arbeit viel lieber als die Größten die sie aus der Winterhoffe für ihr Dasein empfangen.

Stadtverordneter Heilmann (Kom.) polemisiert gegen den Genossen Schulenburg und verweist sich auf der Behauptung, daß die Gemeindefallen die Schuld an der heutigen Arbeitslosigkeit tragen. Stadn. Schulenburg (Soz.) erwidert dem Stadtverordneten Heilmann und fragt, warum er nicht in das kommunistische Partei dies geht, wo es doch Arbeit in Hülle und Fülle geben soll. Von verschiedenen Zwischenrufen begleitet, findet die Polemik aber sehr rasch ein Ende. Nach Schluß der Diskussion wird die Vorlage der Rotstandsarbeiten einstimmig angenommen.

Eine lebhafte Debatte löste auch die

Auflösung der Pferdehaltung beim städtischen Fuhrpark aus. Nach der Vorlage wurde am 18. Juni 1931 beschlossen, daß die Pferdehaltung beim städtischen Fuhrpark abgebaut wird. Die Nazis verlangen sofortige Auflösung.

Bürgermeister Schneider teilt mit, daß die Stadtverwaltung ohne die Beschaffung des Bürgerausschusses abwarten, bereits von sich aus den Abbau vorsehen habe. Es sind bereits etwa 100 Pferde verkauft, so daß sich der Betrieb im heutigen Umfang überhaupt nicht mehr rentieren würde. Er tritt aber dem Antrag der Nationalsozialisten entgegen, man müsse sich Zeit lassen, um einen rentablen Verkauf zu garantieren.

Für die Nationalsozialisten versucht Stadtrat Riedner den Beweis der Unrentabilität zu erbringen und beweist damit, daß er anhängend nicht einmal den Geschäftsbericht gelesen hat.

Stadtverordneter Dr. Dierle (Wirtschaftliche Vereinigung) ist der Auffassung, daß die Bestimmung im zweiten Teil des Antrages zu beschärfen ist und nur eine Verzögerung der Auflösung bedeutet.

Der kommunistische Sprecher lehnt die Vorlage ab und begründet den eigenen Antrag für die Aufrechterhaltung.

Lichtspielhäuser

X 27

In der Schauburg

Ein Film, der von Anfang bis Ende auf Spannung und Sensation aufgebaut ist. Er ruft Erinnerungen an die Geheimnisse der Kriegsjahre 1914-1918 wach...

Loale als Gegenpieler gegenüber. Der Film gibt ein Stück Zeitgeschichte, allerdings ein dunkles Kapitel...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Hauptversammlung

Mittwoch, den 20. Januar, abends 20 Uhr, findet im Lokal zum „Elefanten“ unsere fällige Hauptversammlung statt...

„Deutschlands außenpolitische und innerpolitische Lage.“ Referent: Reichstagsabg. Gen. Schumacher, Stuttgart.

Bezirk Weststadt

Unsere erste Mitgliederversammlung in diesem Jahre mit Vortrag findet im Lokal „Unter den Linden“...

Arbeiterwohlfahrt

Morgen (Mittwoch) abends ganz dringende Vorstandssitzung im Büro der Arbeiterwohlfahrt. Um 7 Uhr abends.

Veranstaltungen

Dienstag, den 19. Januar 1932:

- Badisches Landes-theater: Der Graue, 20 Uhr.
Cassino-Theater: Die fünf Kamele, 20 Uhr.
Badische Lichtspiele: Im weißen Röhl, Ein Tag am Bodensee, 20.30 Uhr.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 15. Januar: Elisabeth Koch, 56 Jahre alt, Witwe von Leopold Koch...

Wir fragen Sie: A. Welche deutsche Holzart bevorzugen Sie bei der Anfertigung... B. Welches Sprichwort enthält obiges Bild? RM 5000.-

KAMMER LICHTSPIELE. Ab heute bis Donnerstag nur 3 Tage das große Doppelprogramm: MANUELA. Eine Liebesgeschichte vom Rio Grande...

NEU! Ferdinand Madlinger Der Rote Hauslehrer. Ein Roman in Briefen. 170 Seiten, kartoniert, mit Photomontageumschlag.

Volksfreund-Buchhandlung Waldstraße 28 - Fernruf 7020/21. Kastlatter Anzeigen

Inventur-AUSVERKAUF. Heute Schlußtag! Restbestände jeder Art u. für jeden Zweck zu Spottpreisen! H. TERHAHN KARLSRUHE

Badisches Landes-theater. Dienstag, 19. Jan. 8.15 Uhr. Der Graue

Zwangs-Versteigerung. Mittwoch, 20. Jan. 1932, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Stadtpark Herrenstraße 45 a gegen bare Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich versteigern...

Bad. Lichtspiele, Konzerthaus. Heute: 8.30 Uhr. Im weißen Röhl. Dazu: Ein Tag am Bodensee an Bord der „Allgäu“

Mädchen, 3-Zimmer-Wohnung barriere, in der Südstadt sofort oder später zu mieten gesucht.

Volks-Hochschule Rastatt. Heute Dienstag, 19. Januar, abends 8 Uhr, in der Frucht-halle Herr Dr. W. Zentner (München).

Wie? Aber selbst-verständlich. Kostenlos kann jeder Abonnent im Monat einmal eine kleine Anzeige bringen

Suche gut Zimmer möbliertes, in 1. Bett, Angeb. unter K 179 an d. Volksfr.

Verein für natürlgemäße Lebens-u. Heilweise (Naturheilverein). Einmalige Anzeige. Am Donnerstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr im unteren Nowack-Saal, Etlinger Straße

Abfindung. Schöne 3-Zimmer-Wohnung mit allem Zubehör 60 M u eine 2-Zimmer-Wohnung III. Stod. mit allem Zubehör 40 M auf 1. April 1932 zu vermieten.

„Karl Maria u. Weber“ Am Pfingst: Frau Rümmele Reichardt Gesang: Fr. Ojäre Gack. Kommen den Donnerstag, 21. Januar, abends 8 Uhr, in der Frucht-halle Herr Professor Herm. Kraemer (Rastatt).

Möbeltransporte, Verleumdungen und sonst. Fahrten mit geb. Schnellkraftwagen be- ständiger Berechnung. S. Fischer, Leipzig 6334

Ein Waggon Blumenkohl ist eingetroffen. Schöne weiße Köpfe Stück 25, 30, 35 Pfannkuch 5% Rückvergütung

Österr. Frauenvortrag von Dr. med. W. Gitzek (Sanatorium Falkeneck-Brauntels) über „Frauenglück u. Frauenleiden“

WIRKSAME REKLAME. gewährleistet ein Inserat im Volksfreund. Auch Du hilfst Dir selbst, wenn Du treu und entschlossen zu Deinem Volksfreund stehst...

Ein Waggon Blumenkohl ist eingetroffen. Schöne weiße Köpfe Stück 25, 30, 35 Pfannkuch 5% Rückvergütung